



Eigenerklärung zur Eignung

Errichtung und Betrieb von Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge
im öffentlichen Straßenraum im Stadtgebiet Karlsruhe

– Eigenerklärung –

Allgemeine Hinweise:

In den nachfolgenden Rubriken aufgeführte Informationen oder Erklärungen sind mittels Ankreuzens und/oder Ausfüllen abzugeben. Weitere Nachweise zu den einzelnen Rubriken sind, sofern nicht explizit gefordert, nicht beizufügen.

Die Stadt behält sich jedoch vor und ist berechtigt, gegebenenfalls erforderliche Nachweise anzufordern. Unrichtige Angaben können zum Ausschluss führen.

Dieses Dokument ist vom Antragsteller auszufüllen und in der Eingabemaske online unter Downloads hochzuladen.

1. Angaben über das Unternehmen:

Die unter 1.) auszufüllenden Angaben dienen ausschließlich der Information und sind nicht wertungsrelevant.

Firmenname:

Straße:

PLZ/Ort:

Kontaktperson:

Telefon:

E-Mail:

Website:

HR-Nr.:

Umsatzsteuer-ID:

☐

Wir sind ein Klein- oder Mittelunternehmen (KMU).
(Unternehmen mit bis zu 249 Mitarbeitern **und** bis zu 50 Millionen Euro Jahresumsatz)

2. Erklärungen zur Zuverlässigkeit des Unternehmens

Angaben, dass nachweislich keine zwingenden Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB vorliegen.

- ☐ Ich/Wir erkläre(n), dass keine Person, die verantwortlich für die Leitung des Unternehmens gehandelt hat (auch Überwachung der Geschäftsführung oder sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung) aus den folgenden Gründen rechtskräftig verurteilt wurde und gegen das Unternehmen auch keine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt wurde:
- § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
 - § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
 - § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche),
 - § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 - § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 - § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), §§ 299a und 299b des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen),
 - § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
 - den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
 - Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
 - den §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung).

Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.

3. Zahlung von Steuern und Abgaben

Angaben zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung gemäß § 123 Abs. 4 GWB.

- ☐ Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir meinen/unseren Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nachkommen und keine Verfehlungen diesbezüglich durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde.

4. Nichtvorliegen fakultativer Ausschlussgründe

Angaben, dass nachweislich keine fakultativen Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen.

Ich/Wir erkläre(n), dass

- ☐ ich/wir bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen habe(n)
- ☐ ich/wir nicht zahlungsunfähig bin/sind, über das Vermögen des Unternehmens kein Insolvenzverfahren oder kein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, keine Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen nicht im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit nicht eingestellt hat
- ☐ das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich keine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird
- ☐ kein Interessenkonflikt mit einer für den Auftraggeber tätigen Person besteht, hinsichtlich Unparteilichkeit und Unabhängigkeit
- ☐ ich/wir keine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt habe(n) und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat
- ☐ ich/wir in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien keine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten habe(n) und in der Lage bin/ sind, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln
- ☐ keine Verstöße und Verurteilungen gemäß § 21 Arbeitnehmer-Entsendegesetz, § 98c Aufenthaltsgesetz, § 19 Mindestlohngesetz, § 21 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz und § 22 Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz vom 16. Juli 2021 vorliegen.

5. Erklärung zum Eintrag im Berufs- oder Handelsregister

Eintragung in das Berufsregister ihres Sitzes oder Wohnsitzes

- ☐ Ich bin/Wir sind im Handelsregister eingetragen.
- ☐ Ich bin/Wir sind nicht zur Eintragung in das Handelsregister verpflichtet.

6. Betriebshaftpflichtversicherung

- ☐ Ich/Wir erkläre(n), dass eine Betriebshaftpflichtversicherung mit ausreichenden Deckungssummen vorliegt.
- ☐ Ich/Wir erkläre(n), dass keine entsprechende Betriebshaftpflichtversicherung vorliegt, aber spätestens innerhalb von sieben Kalendertagen nach Vertragsschluss abgeschlossen wird. Dem Angebot ist eine Bestätigung eines Versicherers beigelegt, dass im Auftragsfall das Risiko abgesichert wird.

7. Referenzangaben

Bitte lassen Sie uns eine Referenz in Form von einem Ladestandort mit zwei AC-Ladesäulen und vier Ladepunkten zukommen. Es muss eine öffentlich zugänglich Ladestation sein, die in den letzten drei Jahren in Betrieb genommen wurde.

Referenz:

Ort des Ladestandortes:	
Ausführungszeitraum	
Auftraggeber mit Anschrift sowie Ansprechperson mit Telefonnummer und E-Mail-Adresse	

Datum: _____ Ort: _____

Firma, Name des Erklärenden:

Unterschrift des Erklärenden: _____